

## TERMINE

### Gesetzgebungsverfahren und ausgewählte Verordnungen

#### Gesetze und Verordnungen (geplante und laufende Verfahren)

##### **Gesetz zur Pflegepersonalbemessung im Krankenhaus sowie zur Anpassung weiterer Regelungen im Krankenhauswesen und in der Digitalisierung (Krankenhauspflegeentlastungsgesetz – KHPfIEG)**

- zustimmungsfrei -

- Einführung eines neuen Krankenhaus-Personalbemessungsinstruments: dreistufige Einführung einer Pflegepersonalregelung zur Ermittlung des Pflegepersonalbedarfes auf Grundlage der PPR 2.0 und der Kinder-PPR 2.0
- Regelungen zur Beschleunigung der Budgetverhandlungen zwischen Krankenhäusern und Krankenkassen
- Vorgaben zur besseren Interoperabilität der Praxis- und Krankenhausysteme; Anpassungen zur Interoperabilität der Telematikinfrastruktur

Am Tag nach der Verkündung	Inkrafttreten
14.09.2022	Kabinettsbeschluss
23.08.2022	Verbändeanhörung BMG
01.08.2022	Referentenentwurf
07.07.2022	Eckpunkte des BMG

##### **Gesetz zur finanziellen Stabilisierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Finanzstabilisierungsgesetz – GKV-FinStG)**

- zustimmungsfrei -

- GKV-Finanzierung
  - Zusätzlicher Bundeszuschuss in 2023 von 2 Mrd. Euro
  - Bund leistet im Jahr 2023 Darlehen an den Gesundheitsfonds in Höhe von 1 Mrd. Euro
  - Finanzreserven der Krankenkassen werden mit einem kassenübergreifenden Solidarausgleich zur Stabilisierung der Beitragssätze herangezogen
  - Absenkung der Obergrenze der Liquiditätsreserve des Gesundheitsfonds
  - Anstieg der sächlichen Verwaltungsausgaben der Krankenkassen für 2023 wird auf 3,0 Prozent gegenüber dem Vorjahr begrenzt
- Begrenzung der Arzneimittelausgaben
  - Verlängerung des Preismoratoriums bis einschließlich 2026
  - Erhöhung des Apothekenabschlags für zwei Jahre von 1,77 Euro auf 2 Euro
  - Für ein Jahr befristete Anhebung des Herstellerabschlags um 5 Prozent
  - Rückwirkung des Erstattungsbetrags für neue Arzneimittel ab dem 7. Monat
  - Senkung der Umsatzschwelle für Orphan Drugs auf 20 Mio. Euro
  - Kombinationsabschlag in Höhe von 20 Prozent für Arzneimittel mit neuen Wirkstoffen
- Vertragsärzte
  - Streichung der extrabudgetären Vergütung für die Behandlung von neuen Patienten
  - Begrenzung des Anstiegs der zahnärztlichen Vergütung für Zahnbehandlung in 2023 und 2024

<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Krankenhäuser             <ul style="list-style-type: none"> <li>– Ab 2024 werden in den Pflegebudgets nur die Kosten für qualifizierte Pflegekräfte in der unmittelbaren Patientenversorgung berücksichtigt</li> </ul> </li> </ul>		
Am Tag nach der Verkündung	Inkrafttreten	
27.07.2022	Kabinettsbeschluss	
30.06.2022	Referentenentwurf	

#### **Verordnung über das Verfahren und die Anforderungen zur Prüfung der Erstattungsfähigkeit digitaler Pflegeanwendungen in der Sozialen Pflegeversicherung (Verordnung zur Erstattungsfähigkeit digitaler Pflegeanwendungen – VDiPA)**

<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Regelung der Verfahren zur Prüfung der Erstattungsfähigkeit digitaler Pflegeanwendungen in der Pflegeversicherung</li> <li>▪ Definition der Anforderungen an digitale Pflegeanwendungen: Sicherheit, Funktionstauglichkeit, Qualität, Datenschutz und Datensicherheit</li> <li>▪ Vorgaben für den Nachweis des pflegerischen Nutzens</li> </ul>		
Am Tag nach der Verkündung	Inkrafttreten	
01.06.2022	Referentenentwurf	

#### **Krankenhausreform – Empfehlungen der Regierungskommission für eine moderne und bedarfsgerechte Krankenhausversorgung**

<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Empfehlungen für eine kurzfristige Reform der stationären Vergütung für Pädiatrie, Kinderchirurgie und Geburtshilfe</li> </ul>		
08.07.2022	Empfehlungen der Regierungskommission	

### **Gesetze und Verordnungen (laufende Verfahren) – Corona-Pandemie**

#### **SARS-CoV-2-Arbeitsschutzverordnung – Neufassung – (Corona-ArbSchV)**

<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Arbeitgeber muss Beschäftigten anbieten, geeignete Tätigkeiten im Homeoffice auszuführen (Ausnahme: zwingende betriebsbedingte Gründe)</li> <li>▪ Pflicht für betriebliches Hygienekonzept durch Arbeitgeber, um erforderliche Schutzmaßnahmen zum betrieblichen Infektionsschutz festzulegen und umzusetzen, unter anderem: AHA+L, Vermeidung / Verminderung betriebsbedingter Personenkontakte</li> <li>▪ Pflicht zum Angebot von zwei Tests wöchentlich für Beschäftigte, die nicht ausschließlich in ihrer Wohnung arbeiten</li> <li>▪ Arbeitgeber werden verpflichtet, ihre Beschäftigten bei der Wahrnehmung von Impfangeboten zu unterstützen</li> </ul>		
07.04.2023	Außerkräfttreten	
01.10.2022	Inkrafttreten	
24.08.2022	Referentenentwurf	

**Vierte Verordnung zur Änderung der Coronavirus-Testverordnung**

- Prozess der Abrechnungsprüfung bezüglich der Testungen soll optimiert werden

Am Tag nach der Verkündung	Inkrafttreten
----------------------------	---------------

16.08.2022	Referentenentwurf
------------	-------------------

**Verordnung zur Krankenhauskapazitätssurveillance und zur Änderung der DIVI IntensivRegister-Verordnung**

- Maßnahmen zur Feststellung der Auslastung der Krankenhauskapazitäten
- Krankenhäuser werden verpflichtet, täglich ihre freien Kapazitäten auf Normalstationen zu melden

Am Tag nach der Verkündung	Inkrafttreten
----------------------------	---------------

15.08.2022	Referentenentwurf
------------	-------------------

**Zweites Gesetz zur Änderung des Infektionsschutzgesetzes**

- Umsetzung des Triage-Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 16.12.2021
- Regelung der intensivmedizinischen Behandlung bei pandemiebedingten Engpässen
- Festlegungen für Krankenhäuser von Dokumentationspflichten und Zuständigkeiten für Verfahrensabläufe

24.08.2022	Kabinettsbeschluss
------------	--------------------

07.06.2022	Referentenentwurf
------------	-------------------

**Gesetz zur Stärkung des Schutzes der Bevölkerung und insbesondere vulnerabler Personengruppen vor COVID-19 (COVID-19-SchG)**

- zustimmungspflichtig -

- Maßnahmen zum Schutz insbesondere der vulnerablen Bevölkerungsgruppen vor COVID-19 in der kommenden Herbst-/Wintersaison

Formulierungshilfen für Änderungsanträge, unter anderem:

- Regelungen zur einrichtungsbezogenen COVID-19-Impfpflicht, soziale Pflegeversicherung (SPV) zahlt Sonderleistungen für Hygienebeauftragte in Pflegeeinrichtungen, Verlängerung der SARS-CoV-2-Arzneimittelversorgungsverordnung, Vergütungsvereinbarungen für Zahnärzte, Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen und Leistungserbringer von Heilmitteln etc.

Am Tag nach der Verkündung	Inkrafttreten
----------------------------	---------------

08.09.2022	2./3. Lesung Bundestag
------------	------------------------

29.08.2022	Anhörung im Gesundheitsausschuss
------------	----------------------------------

24.08.2022	Kabinettsbeschluss Formulierungshilfen Änderungsanträge Infektionsschutzgesetz
------------	-----------------------------------------------------------------------------------

07.07.2022	1. Lesung Bundestag
------------	---------------------

01.07.2022	Kabinettsbeschluss
------------	--------------------

23.06.2022	Formulierungshilfen
------------	---------------------

**Abgeschlossene Gesetze und Verordnungen (zum Teil späteres Inkrafttreten)****Gesetz zur Erhöhung des Schutzes durch den gesetzlichen Mindestlohn und zu Änderungen im Bereich der geringfügigen Beschäftigung****- zustimmungsfrei -**

- Anhebung des Mindestlohns zum 01.10.2022 auf 12 Euro
- Erhöhung der Entgeltgrenze für Minijobs auf 520 Euro
- GKV kann durch die Anhebung des Mindestlohns mit Mehreinnahmen von 0,9 Mrd. Euro und die SPV mit 0,2 Mrd. Euro ab 2023 rechnen
- Durch die Anpassung der Geringfügigkeitsgrenzen muss die GKV laut Entwurf mit Mindereinnahmen i. H. v. 0,3 Mrd. Euro und die SPV mit 0,05 Mrd. Euro ab 2023 rechnen

01.10.2022	Inkrafttreten
10.06.2022	2. Durchgang Bundesrat
03.06.2022	2./3. Lesung Bundestag
16.05.2022	Anhörung im Ausschuss für Arbeit und Soziales
28.04.2022	1. Lesung Bundestag
08.04.2022	1. Durchgang Bundesrat
23.02.2022	Kabinettsbeschluss
01.02.2022	Referentenentwurf: Zweites Gesetz zu Änderungen im Bereich der geringfügigen Beschäftigung
21.01.2022	Referentenentwurf: Entwurf eines Gesetzes zur Erhöhung des Schutzes durch den gesetzlichen Mindestlohn (Mindestloohnerhöhungsgesetz – MiLoEG)